



Foto: EXPA/Michael Gruber

## Medien

Ein echter „Gefällt mir nicht“-Button bei Facebook ist wenig realistisch Seite 31

## Österreich

Der Ausbau der direkten Demokratie ist abgesagt Seiten 2 und 11

## Wien

Der nur halb ausgelastete DC Tower steht nach zwei Jahren zum Verkauf Seite 17



## Jedes dritte Bier der Welt aus einem Haus?

In der Bierbranche bahnt sich eine Mega-Übernahme an: Weltmarktführer Anheuser-Busch-Inbev will die globale Nummer 2, SABMiller, schlucken. Seite 3

Foto: fotolia/xfoto

## EU will TTIP neu verhandeln

Malmström schlägt Handelsgerichtshof mit Berufungsinstanzen vor.

**Brüssel.** Die EU-Kommission will den Investorenschutz im geplanten Freihandelsabkommen TTIP mit den USA neu verhandeln. Streitfälle sollen demnach künftig in öffentlichen Anhörungen vor einem neuen Handelsgerichtshof verhandelt werden, sagte EU-Han-

delskommissarin Cecilia Malmström am Mittwoch in Brüssel. Die Urteile würden öffentlich befundene Richter fällen.

Als erster Schritt soll demnach ein bilateraler Gerichtshof zwischen den USA und der EU eingerichtet werden. Vor allem in Be-

zug auf das geplante Abkommen mit den USA hatte es in den vergangenen Monaten heftige Kritik am bisher vorgesehenen System von Schiedsstellen gegeben, vor denen Investoren gegen nationale Gesetze vorgehen könnten. ■

Seite 5

## „Politische Unruhen, wenn EU scheitert“

Flüchtlinge: EU-Kommissions-Vize Timmermans warnt – Tumulte an Ungarns Grenze zu Serbien.

**Brüssel/Bratislava.** Die EU-Kommission und das Europäische Parlament verstärken den Druck auf die Mitgliedstaaten, zu einem Beschluss zur Verteilung von Flüchtlingen zu gelangen. Der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, warnte bei einem Auftritt in der Volksvertretung vor einem Auseinanderbrechen der Union. „Wir werden scheitern, wenn wir weiterhin gespalten bleiben“, erklärte er.

Der Winter stehe vor der Tür, und die Unterbringung der Schutzsuchenden werde zu einer dringlichen Angelegenheit. Wenn die Regierungen keine Lösung dafür finden, „wird das zu menschlichem Leid für die Flüchtlinge führen, zu politischen Unruhen in den Mitgliedstaaten, zu Spannungen zwischen den EU-Ländern, und das kann sich Europa nicht leisten“, sagte Timmermans.

Das Parlament stimmt am heutigen Donnerstag in einem Eilverfahren über die Notfall-Maßnahmen zur Umsiedlung von 120.000 Flüchtlingen ab.

An der ungarisch-serbischen Grenze bei Röszkek am es am Mittwoch unterdessen zu heftigen Zusammenstößen zwischen Flüchtlingen, die den Grenzzaun durchbrechen wollten und ungarischen Polizisten, die Tränengas und Wasserwerfer einsetzten. Mehr als 20 Menschen, darunter drei Kinder, wurden verletzt.

Serbien begann, die Flüchtlinge in Richtung der kroatischen Grenze zu leiten, von wo sie über Slowenien nach Norden weiter wollen. Österreich begann am Mittwochabend deshalb auch mit Kontrollen an den Grenzübergängen zu Slowenien. ■

**Kommentare, Berichte und Analysen – Seiten 2 bis 6**

## WETTER

	Min.	Max.
Wien	17°	31°
Bregenz	16°	23°
Eisenstadt	18°	32°
Graz	15°	29°
Innsbruck	14°	25°
Klagenfurt	14°	27°
Linz	15°	31°
Salzburg	15°	29°
St. Pölten	16°	30°



- Elisabeth Orth zu Gast auf Ö1
- Start des Slash-Festivals in Wien
- Floristik im Wandel der Zeit

## Breite Kritik am Entwurf zur neuen Pflegeausbildung

**Wien.** Die neue Pflegeausbildung ist auf Schiene und das gesetzliche Beiwerk in Begutachtung. Laut Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) sollen die Neuerungen ab Herbst 2016 zu wirken beginnen. Bis 2024 haben dann die Länder Zeit, die Regelung vollständig umzusetzen. In der Branche selbst hat die Stimmung einen Tiefpunkt erreicht.

So wird kritisiert, dass die neu geschaffene Pflegeassistenten (früher Pflegehelfer) mehr Kompetenzen erhält – trotz der nur einjährigen Ausbildung. Und die Verordnung von Heilbehelfen und Verbandsmaterial durch den gehobenen Dienst, die schon 2012 zur Debatte stand, kam wieder nicht ins neue Gesundheits- und Krankenpflegegesetz. Pflegemittel und Medikamente verordnet weiterhin der Arzt. Pflegerinnen plädieren vehement für eine standardisierte Liste mit Medikamenten, die sie verordnen dürfen. ■

Seite 9

## Inflation im Euroraum fast bei null

**Wien.** Während in der EU die jährliche Inflationsrate im August auf 0,0 Prozent gesunken ist, lag sie in Österreich bei 0,9 Prozent. Damit war Österreich hinter Malta auf Rang zwei, teilte die Statistikbehörde Eurostat am Mittwoch mit. Die anhaltend niedrige Teuerungsrate in der Eurozone liegt deutlich unter dem Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von knapp unter zwei Prozent. Nach Ansicht ihres Vizechefs Vitor Constancio kann die EZB die Geldspritzen zur Stärkung der Konjunktur noch ausweiten.

Nach nationaler Berechnung lag die Teuerungsrate im August in Österreich gegenüber dem Vorjahresmonat bei 1,0 Prozent, nach 1,2 Prozent im Juli. Ohne die billigen Mineralölprodukte, etwa Treibstoff und Heizöl, hätte die Inflationsrate 1,8 Prozent betragen. Überdurchschnittlich stark waren die Preissteigerungen in Restaurants und bei den Mieten. ■

Seite 11

## Zukunft von Assad ist der Zankapfel in Syrien-Krise

**Damaskus.** Russland beruft eine Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrats ein, US-Außenminister John Kerry fliegt am Freitag zu Beratungen nach London: Angesichts der Flüchtlingskrise will die internationale Gemeinschaft ihr Engagement in Syrien – aus keinem Land kommen derzeit mehr Asylwerber – verstärken.

Doch die Bemühungen um eine Beendigung des Bürgerkriegs drohen zu scheitern. Denn die internationalen Akteure wollen zwar alle gegen den Islamischen Staat (IS) vorgehen, sind sich sonst aber uneinig. Als Zankapfel erweist sich vor allem die Zukunft von Präsident Bashar al-Assad. Russland unterstützt Assad militärisch und beharrt darauf, dass nur mit diesem ein effektiver Kampf gegen den IS möglich sei. Die USA hingegen lehnen jegliche Kooperation mit dem Assad-Regime ab. Sie wollen Assad stürzen und den IS besiegen. ■

Seite 7

## HEUTE

**Donald Trump** dominiert den Vorwahlkampf der US-Republikaner. Seite 8

**In der Formel 1** heizen Red Bull und Renault die Motorendeckelung neu an. Seite 24

**Im französischen Lille** zeigen fünf Metropolen künstlerische Wege aus der Krise. Seite 25

**Kabarettist Christian Hölbling** über seine Kunstfigur. Seite 27

## KOMMENTARE

**Walter Hämmerle:** Viel Aufwand für fast nichts: die Demokratie-Enquete. Seite 2

**Christoph Badelt** über das neue Forschungsinstitut für Verteilungsfragen. Seite 2

**Bernhard Baumgartner:** Wer uns den Zombie-Stadt eingebracht hat. Seite 26

**Inhalt** Seite 32



## LEITARTIKEL



von  
Walter  
Hämmerle

## Entwicklungshilfe

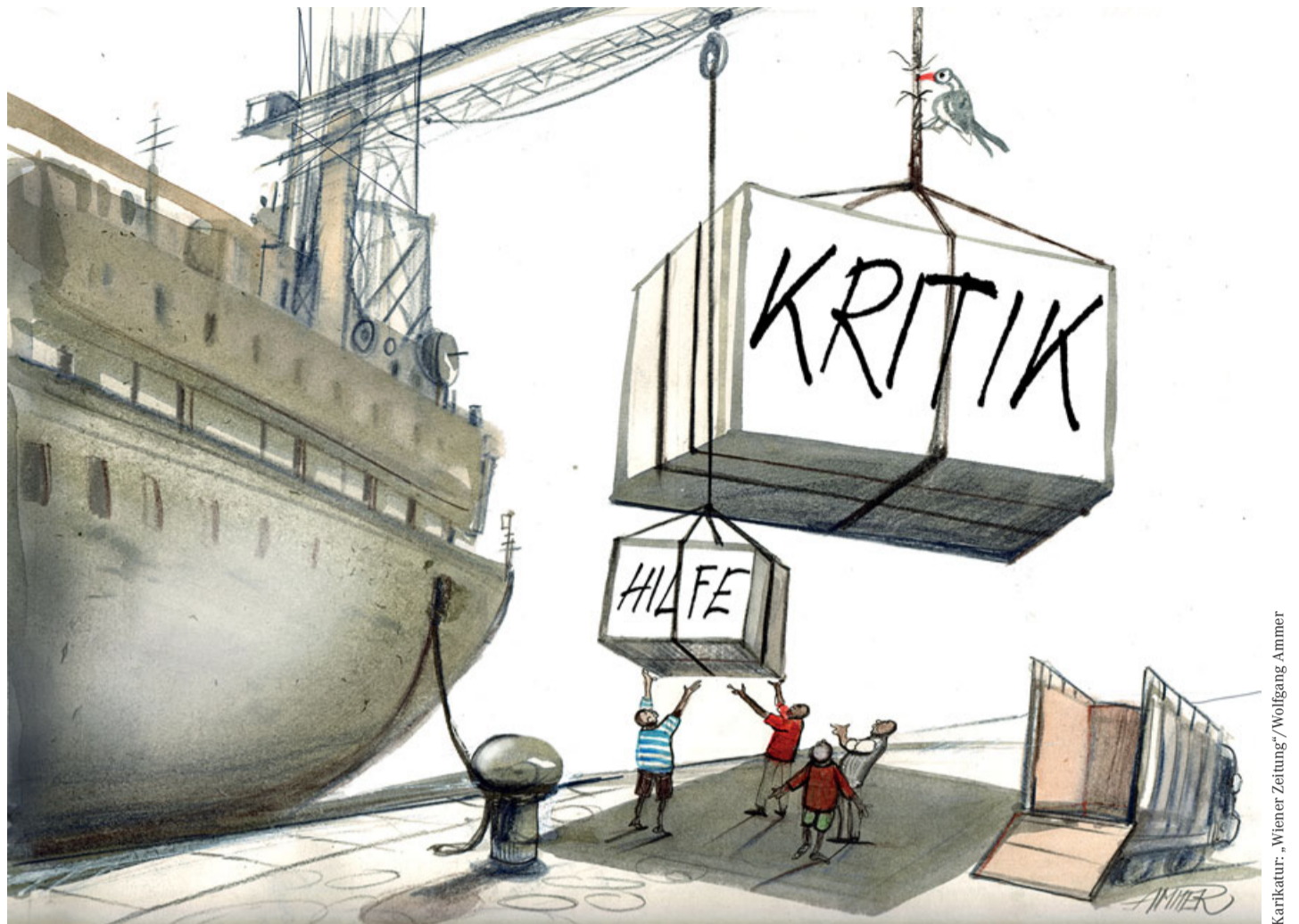
## Viel Aufwand für fast nichts

Hut ab: Die Koalition veranstaltet mit Tamtam eine Demokratie-Enquete im Nationalrat, nur um an deren Ende einen bereits paktierten Kompromiss für mehr direkte Demokratie zu entsorgen. Das macht SPÖ und ÖVP so leicht niemand nach. Zur Erinnerung: Im Frühsommer 2013 einigte sich die Koalition mit den Grünen auf ein Demokratiepaket, dessen Herzstück ein Ausbau der direkten Mitbestimmung bildete: Besonders erfolgreiche Volksbegehren sollten demnach künftig zu einer Volksbefragung führen. Wohlge-merkt zu einer unverbindlichen Volksbefragung und nicht, wie viele forderten, zu einer für die Politik verbindlichen Volksabstimmung. Die jeweilige Mehrheit im Parlament hätte also auch weiterhin das allerletzte Wort.

Doch nicht einmal so weit wird es nun kommen: Am Mittwoch haben nämlich SPÖ und ÖVP diesen Kompromiss eines Kompromisses in der letzten Sitzung der Enquete wenig feierlich zu Grabe getragen. Statt eines substanziellen Wurfs begnügt sich die Koalition – zum einhelligen Ärger von Opposition und beteiligten Bürgern – mit lupenreinen Alibi-handlungen: Bürger sollen besser in die Gesetzgebung eingebunden werden; unter anderem durch jährliche Erklärungen der Minister zu ihren Vorhaben – das ist schlicht lächerlich, als ob es in diesem Land je an politischen Absichtserklärungen gefehlt hätte. Und mehr Mitbestimmung soll wenigstens auf Landes- und Gemeindeebene kommen. Statt also endlich die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern zu entflechten und sinnvoll neu zu ordnen, dürfen die Bürger künftig über Bauordnungen, Raumplanung, Jagd- und Fischereirechte oder Volkstumspflege mitreden.

Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich ist es eine legitime politische Position, den Ausbau der direkten Demokratie abzulehnen. Einige Experten vertreten diese Ansicht. Und tatsächlich gibt es bedenkenswerte Argumente, die dagegen sprechen. Das kann man aber auch einfach sagen, dann hätte sich die Debatte. Doch stattdessen inszenieren SPÖ und ÖVP eine Demokratie-Show: Den ganzen Aufwand einer Enquete, das Auswahlverfahren für Bürger, hätte man sich angesichts des lächerlichen Ergebnisses sparen können. Zu viel im Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien geht derzeit schief, als dass sich die Politik leisten könnte, quasi vorsätzlich falsche Erwartungshaltungen zu wecken.

leitartikel@wienerzeitung.at



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Wolfgang Ammer

## ZITATE ZUM TAG

„Ich hoffe, dass Deutschland und die EU mit der Flüchtlingswelle aus Syrien ähnlich umgehen werden wie die USA mit den vielen Flüchtlingen aus Südostasien infolge des Vietnamkriegs.“

**Ex-US-Präsident Jimmy Carter**

„Sie werden Kroatien durchqueren können, und wir werden ihnen dabei helfen.“

**Kroatiens Premier Zoran Milanovic über die Flüchtlinge, die über Serbien ins Land kommen und in Richtung Deutschland weiterreisen wollen**

„Für den Bürgerkrieg in Syrien gibt es keine Lösung ohne einen Übergang weg von Bashar al-Assad.“

**US-Außenminister John Kerry**

„Wir haben euch endlich gehört. Wahrscheinlich haben Hunderte danach gefragt, und heute ist ein besonderer

Tag, denn heute ist der Tag, an dem ich tatsächlich sagen kann, dass wir daran arbeiten und kurz einem Test stehen.“

**Facebook-Gründer Mark Zuckerberg zum Thema „Gefällt mir nicht“-Button**

„Es ist überraschend kompliziert. Wir haben dafür auch eine Weile gebraucht, weil wir Facebook nicht in ein Forum verwandeln wollen, in dem Leute über die Einträge anderer Leute abstimmen.“

**Derselbe – manche vermuten dahinter allerdings die finanziell wichtigen Werbeeinschaltungen als Motiv**

„Ich schaue nie in die Zukunft oder plane Karriereschritte. Es kann einfach so viel passieren, dass jedes Ziel morgen schon absurd sein könnte. Mein Erfolg der vergangenen Jahre ist für mich manchmal noch kaum greifbar. Ich hätte in einer Million Jahre nie das erwartet, was mir in den vergangenen zehn

Jahren widerfahren ist. Wie kann ich da zehn Jahre vorausplanen? Ich versuche einfach, jeden Tag ein glücklicherer und besserer Mensch zu werden.“

**Oscarpreisträgerin Anne Hathaway**

„Ich bin nicht der Einzige, aber ich bin der Einzige, der es seinem Publikum sagt. Meine Sicht ist nicht mehr, wie sie einmal war. Das Gehör ist auch nicht perfekt. Und mein Gedächtnis ist eine Katastrophe.“

**Charles Aznavour (91), französische Chansonlegende, steht zum Einsatz eines Teleprompters bei Konzerten**

„Die Münchner Wiesn ist nicht sehr gefährlich. Für Ehen vielleicht. Ich kenne aber die Schattenseiten: vollgekotzte Gehwege, Herren mit Pieselbedürfnis und so weiter.“

**Schauspieler Udo Wachtveitl über das Oktoberfest**

## GASTKOMMENTAR VON CHRISTOPH BADELT

## Die Facetten der Ungleichheit

Ein neues Forschungsinstitut für Verteilungsfragen eröffnet an der Wiener Wirtschaftsuniversität.

Es ist die Aufgabe von Universitäten, Themen in Forschung und Lehre aufzugreifen, die gesellschaftliche Relevanz haben, vor allem wenn der Bedarf besteht, die gesellschaftspolitische Diskussion mit wissenschaftlicher Expertise zu unterstützen. Gerade im ökonomischen und sozialen Bereich ist die Zahl der anstehenden Probleme in den vergangenen Jahren eher größer als kleiner geworden, weshalb der Wiener Wirtschaftsuniversität hier eine besondere Verantwortung zukommt.

Seit der Wirtschaftskrise 2008/2009 stieg das Interesse an Fragen zu den sozialen Auswirkungen ökonomischer Entscheidungen, wobei die Themen Gerechtigkeit, Gleichheit und Ungleichheit besonders stark in den Vordergrund traten. Die ökonomische Fachwelt hat erst relativ langsam auf diese sozialen Span-

nungsfelder in ihr Arbeitsprogramm integriert.

Die WU Wien reagiert auf das stark wachsende Interesse an Fragen zu ökonomischer, sozioökonomischer und ökologischer Verteilung von Ressourcen und damit verbundener bestehender Ungleichheiten und greift damit eine Initiative auf, die von engagierten Mitgliedern aus dem Bereich der Wissenschaft ergriffen wurde. So wird diesen Freitag das neue Forschungsinstitut für Verteilungsfragen eröffnet. Das Konzept der Forschungsinstitute an der WU Wien besteht darin, zu gesellschaftlich relevanten Themen die Forschung interdisziplinär zu fördern und damit auch Mitglieder mehrerer Departments einzubinden; gleichzeitig aber auch themenzentriert Drittmittel einzuwerben. All dies ist am neuen Forschungsinstitut sehr gut gelungen.



Christoph Badelt ist Rektor der Wiener Wirtschaftsuniversität.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: [www.wienerzeitung.at/gastkommentare](http://www.wienerzeitung.at/gastkommentare)

Durch die Einrichtung des neuen Forschungsinstituts reiht sich die Wiener WU in eine Reihe angesehen internationaler Universitäten mit ähnlichen Instituten, wie beispielsweise dem „International Inequalities Institute“ der London School of Economics oder dem „Inequality & Social Policy Program“ in Harvard. Zugleich ist dieser Themenbereich auch in den Fokus der internationalen Organisationen wie der OECD, des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank gerückt.

Das WU-Forschungsinstitut „Economics of Inequality“ setzt sich zum Ziel, gesellschaftliche Ungleichheit in ihren vielschichtigen Facetten zu analysieren. Der inhaltliche Fokus liegt in der Aufbereitung von Daten und Fakten zu Armut und Reichtum, zur Einkommens- und Vermögensverteilung sowie zur sozialen Mobili-

tät zwischen den Generationen. Dabei stehen der ungleiche Zugang zu Umweltressourcen und -rechten sowie die Auswirkungen von sozioökonomischer Ungleichheit auf die Gesellschaft und den intergenerationalen Zusammenhalt ebenso im Zentrum der Untersuchungen wie die Implikationen und Herausforderungen der Ungleichheiten auf den öffentlichen Sektor und seine Budgets auf nationaler sowie internationaler Ebene. An unserem Institut soll aber nicht nur die Forschung vorangetrieben werden. Der interessierten Öffentlichkeit sollen alle notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Das Institut wird daher den Austausch mit Studierenden, internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern sowie wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern fördern.